

## **Informationsdienst des CGB**

## **INTERN**

**Ausgabe Februar 2017**

### **Der Bundesvorsitzende hat das Wort**

#### **Der aktuelle Zeitgeist allein darf die Politik nicht dominieren!**


In der Bevölkerung wächst die Politikverdrossenheit nach wie vor, da die Erwartungen an die Parteien in vielen Bereichen nicht erfüllt werden. Gleichzeitig stärkt die Enttäuschung und die Politikverdrossenheit die Parteien des rechten und linken Rands, da Demagogen wortreich Dinge versprechen, die bei Licht betrachtet unerfüllbar sind. In Europa erstarben nationalistische und separatistische Weltbilder, die suggerieren, dass jede Nation sich selbst zuerst sehen und für sich allein stark sein muss. Europäische Regelungen dagegen werden von vielen Menschen immer mehr als Bevormundung empfunden.

Dabei ist – bei aller Kritik – allein die Europäische Union und die Einigkeit der europäischen Staaten der Garant für einen, inzwischen mehr als 70 Jahre andauernden Frieden, wirtschaftliche Zusammenarbeit und persönlicher Freiheit. In keiner Region dieser Welt gab es je einen so lange andauernden Frieden, geschweige denn die Garantie persönlicher Freiheit und Menschenrechte.

Die weltpolitische Lage mit ihren gefährlichen Krisenherden hat uns in Europa bisher weitgehend verschont, bestimmt aber zunehmend innenpolitische Themen. Wir erleben nach wie vor die Probleme der Integration von Flüchtlingen, die Ausweitung des Regulierungsstaats, eine Energiewende, die auf den Schultern des kleinen Mannes ausgetragen wird, eine Rentenreform, die nicht nachhaltig konzipiert ist und ein Gesundheitssystem, in dem künftige Beitragserhöhungen nicht mehr solidarisch, sondern nur noch von den Arbeitnehmern gestemmt werden müssen. Die anhaltende Verunsicherung um den Euro und der Rückgang der Sparzinsen auf nahezu Null wirken sich in den bürgerlichen Kreisen sehr viel mehr aus, weil es sich um Menschen handelt, die zur Altersvorsorge etwas angespart haben oder auf Lebensversicherungen gesetzt haben. Gerade die durch die langjährige Niedrigzinsphase eingetretene Entwertung der Altersvorsorgen führen zu erheblichen Zukunftssorgen der Menschen.

Der Unmut der Menschen wird durch eine Politik verstärkt, die zu häufig auf Umfragen schießt und sich in vielen Fällen daran orientiert, was demoskopische Mehrheiten verlangen, ohne auf die Belange des Einzelnen einzugehen. Der CGB fordert mehr Verlässlichkeit also eine Politik und Politiker die nicht darauf achten, was ankommt, sondern darauf achten, worauf es ankommt.

Matthäus Strebl, MdB  
CGB-Bundesvorsitzender

A handwritten signature in black ink that reads 'Matthäus Strebl'.

Matthäus Strebl, MdB  
Bundesvorsitzender

## Aktuelles Thema

CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS



### **Tarifeinheitsgesetz: Gewerkschaftsvielfalt statt Tarifiediktat!**

Seit nunmehr rund anderthalb Jahren ist das umstrittene Gesetz zur Tarifeinheit in Kraft. Von der Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) im Schlichterabschluss mit den Arbeitgeberverbänden gegen zahlreiche gewerkschaftliche Widerstände durchgeboxt, gefährdet es sowohl die Gewerkschafts- als auch die Tarifvielfalt.

Zur Erinnerung: Das Gesetz zur Tarifeinheit hat in das Tarifvertragsrecht eine neue Kollisionsregelung eingeführt, die dann greift, wenn sich die Geltungsbereiche nicht inhaltsgleicher Tarifverträge verschiedener Gewerkschaften in einem Betrieb überschneiden. Nach dem Gesetz findet in einem Betrieb dann nur der Tarifvertrag derjenigen Gewerkschaft Anwendung, die in diesem Betrieb die meisten Mitglieder hat.

Gegen dieses Gesetz, das die verfassungsmäßig garantierte Arbeit der Gewerkschaften unmöglich macht, wenn sie nicht die Mehrheit der organisierten Arbeitnehmer/innen in einem Betrieb stellen, haben zahlreiche Gewerkschaften, darunter auch die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM), Verfassungsbeschwerden eingelegt.

„Es lag auf der Hand, dass gegen das Tarifeinheitsgesetz in der jetzigen Form Verfassungsbeschwerden eingelegt werden würden, über die die Karlsruher Richter Ende Januar in zweitägiger mündlicher Verhandlung berieten. Das Gesetz ist eindeutig gegen kleine, selbstständige Gewerkschaften gerichtet, die erheblich an Attraktivität einbüßen, wenn sie ihren Mitgliedern keine eigenen Tarifverträge mehr anbieten können“, empört sich Matthias Strebl.

„De facto läuft diese Regelung auf eine Zerschlagung kleiner Gewerkschaften hinaus, die Arbeitnehmergruppen in einem Betrieb vertreten, deren Interessen von den großen Branchengewerkschaften – oft mangels Sachkenntnis – gerade nicht vertreten werden können“, ergänzt CGB Generalsekretär Christian Hertzog. „Eine pluralistische und individualistisch geprägte Gesellschaft braucht freie und unabhängige Gewerkschaften. Die Beschäftigten müssen sich die Vertretung für ihre Interessen selbst aussuchen können.“

Nach unserem Eindruck aus der mündlichen Verhandlung vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts spricht vieles dafür, dass der Senat den Argumentationen der zahlreichen Beschwerdeführer folgt und das Gesetz für verfassungswidrig ansieht.

„Der CGB hat sich seit jeher für Tarifvielfalt und Koalitionsfreiheit ausgesprochen. Daran ändert auch ein

Tarifeinheitsgesetz nichts“, unterstreicht CGB Bundesgeschäftsführerin Anne Kiesow.

PM CGB im Januar 2017

\* \* \* \*

## Aus den Gewerkschaften

### **Inklusion ist kein Wahlkampfthema!**

**VkdL: Aktueller**

**Elternbrief ist wenig hilfreich!**

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)

Berufsverband mit klarer Linie



Der Brief von Elternverbänden an CDU und FDP zur Inklusion, wie sie in NRW praktiziert wird, ist in Ton und Inhalt wenig hilfreich, um Inklusion fortzuführen und weiterzuentwickeln. Dieser Brief ist bestimmt vom Parteien-Wahlkampf, der aber in der pädagogischen Frage und bei dem gesamten Thema „Inklusion“ nichts zu suchen hat bzw. zu suchen haben sollte.

Insofern setzt der VkdL ausschließlich auf sachliche Diskussion, die im Interesse der betroffenen Kinder, Lehrer und Eltern möglich bleiben muss. Dass die Frage der Einführung der Inklusion – was immer man darunter verstehen will – wichtig und unverzichtbar ist, ist unbestreitbar. Ebenso wie die Tatsache, dass in dem Bereich Fehler gemacht wurden und werden.

Das rechtfertigt aber nicht, die Diskussion auf die „Ebene des Wahlkampfes“ zu verlagern, denn das schadet der Kompetenz und verhindert weiterführende Lösungen, die den Schülern und der Schule weiterhelfen.

Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V. (VkdL) distanziert sich von dem Brief und befürwortet weiterhin eine sachliche und fachlich begründete Diskussion zur Inklusion, wie er sie in seinen Flyern dargestellt hat.

PM VkdL im Januar 2017

\* \* \* \*

CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS



### **Traditioneller Neujahrsempfang des CGB Saar in Dillingen**

Am 21.01.2017 fand in der Dillinger Stadthalle der diesjährige Neujahrsempfang des CGB-Landesverbandes Saar statt. Unter den vielen hochkarätigen Gästen waren unter anderem der Chef des Bundeskanzleramtes Peter Altmaier, die saarländische Sozialministerin Monika Bachmann, Adalbert Ewen als CGM Bundesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender des CGB, sowie Franz Josef Berg, der Bürgermeister von Dillingen.

Im Hinblick auf die aktuelle Politik des neuen US Präsidenten Donald Trump fand Kanzleramtsminister Peter Altmaier klare Worte und stellte fest, dass dessen geplanter Protektionismus gegenüber europäischen Produkten von Deutschland konsequent bekämpft werden müsse. Hierbei sei es wichtig, dass Europa eine gemeinsame und einheitliche Haltung zeige. Insbesondere Deutschland werde auch weiterhin für einen freien Welthandel kämpfen.



v.l.n.r.: M. Bachmann, P. Altmaier, F. J. Berg, A. Ewen

Albert Ewen wurde unter anderem auch hierzu konkret und forderte eine harte Antwort aus Europa. Notfalls müssten auch Strafzölle für Produkte aus den USA erhoben werden.

Insgesamt gesehen, war es eine rundum gelungene Veranstaltung, bei der die vielen anwesenden Kolleginnen und Kollegen nicht nur politische Informationen aus erster Hand erhielten, sondern insbesondere auch die Möglichkeit zu vielen guten Gesprächen bestand.

PM CGB im Februar 2017

\* \* \* \*

**Einkommensrunde im öffentlichen Dienst 2017 - GÖD Südwest beim Warnstreik**



Warnstreik im Saarland! 1.000 Beschäftigte bringen ihren Unmut auf die Straße! Vor der dritten Verhandlungsrunde haben die Mitglieder der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst den Druck auf die Arbeitgeber erhöht! Unter dem Motto: „Nur wer MITMACHT ändert was!“ sind am 08.02.2017 die Mitglieder der Gewerkschaft GÖD dem Warnstreikaufruf gefolgt.

Lautstark und musikalisch auf ihre Art haben die GÖD-Mitglieder gemeinsam mit den Gewerkschaften im Landesdienst im Saarland ihren Unmut auf die Straße gebracht. Solidarität tut gut für den öffentlichen Dienst! Was heute im Landesdienst des öffentlichen Dienstes passiert, kann den kommunalen Be-

schäftigten nicht egal sein. Deshalb haben sich auch Beschäftigte und Beamte im kommunalen Bereich in ihrer Freizeit ihre Solidarität am Warnstreik gezeigt. Wer abkoppelt kann nicht gewinnen.



GÖD beim Warnstreik in Saarbrücken

Die Einkommensschere zwischen den Landesbeschäftigten einerseits und den Bundesbeschäftigten sowie kommunalen Beschäftigten andererseits wird immer größer. Das kann so nicht bleiben! Wir fordern ein „Mehr-Wert“ und keinen Nettolohnverlust für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst! Kein Arbeitsplatzabbau und keine Arbeitsverdichtung nach dem Motto: ZWEI machen die Arbeit von VIER!

Gerechte Einkommen und gut ausgebildete Beschäftigte sind Grundlage für einen motivierten und zukunftsfähigen öffentlichen Dienst!

PM GÖD im Februar 2017

\* \* \* \*

**Wir von der CGM stehen hinter der gesamten Mannschaft von Opel!**



Die Holding PSA (Peugeot-Citroën) steht in Verhandlungen mit GM (General Motors) zur Übernahme der deutschen Automarke Opel. Der Schock sitzt tief und kam für unsere Kolleginnen und Kollegen von Opel völlig überraschend! Tarifverträge, die Standortsicherung sowie die Arbeitsplatzgarantien, die bis 2022 festgeschrieben waren, stehen nun durch einen Verkauf zur Disposition.

Adalbert Ewen, Bundesvorsitzender der CGM: „Wir sind erschüttert. Opel schreibt zwar schon lange rote Zahlen, eine deutliche Trendumkehr zeichnete sich aber jedoch ab und die Eröffnung des Motorenzentrums 2016 in Rüsselsheim sowie die damit verknüpfte Zukunftsstrategie der Elektromobilität ließen keine Zweifel an einer Fortsetzung der Zusammenarbeit mit General Motors aufkommen. Die Verhandlungen mit PSA laufen seit Anfang letzten Jahres komplett an deutschen und europäischen Mitbestimmungsrechten vorbei. Die bis 2022 festgeschriebenen Vereinbarungen für die Arbeitnehmer / innen sind durch den Verkauf gefährdet.“

Wir von der CGM stehen hinter unseren Kolleginnen und Kollegen von Opel, die tief verunsichert sind und fordern von PSA: Alle Opel-Belegschaften und der Gesamtbetriebsrat müssen in die Verhandlungen um die Zukunft von Opel einbezogen werden. Sichert alle Standorte, Arbeitsplätze und die Tarifverträge der Opelaner in Rüsselsheim, Eisenach und Kaiserslautern!“

PM CGM im Februar 2017



\* \* \* \*

### **CGB Landesverband Bremen: Gesetzliche Frauenquote auch für Vorstände erforderlich**

Trotz des am 1.5.2015 in Kraft getretenen „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ ist Unternehmensführung in Deutschland weiterhin reine Männersache. Dies belegen aktuelle Untersuchungen der Beratungsfirma EY und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). So verfügten lt. EY die 160 in Dax, MDax, SDax und TecDax gelisteten Unternehmen zum 1.1.2017 über gerade mal 45 weibliche Vorstände, während 670 Vorstandsposten von männlichen Kollegen wahrgenommen wurden. Das DIW kommt in seinem Managerinnen- Barometer 2017 zu ähnlichen Ergebnissen bei der Analyse der 200 umsatzstärksten Unternehmen, bei denen 76 Frauen unter insgesamt 931 Vorstandsmitgliedern ermittelt wurden.

Peter Rudolph, CGB-Landesvorsitzender und langjähriger Bundesvorsitzender der CDA/CGB-Arbeitsgemeinschaft: „Die Daten von EY und DIW belegen, dass für die Mehrheit der deutschen Großunternehmen weiterhin der Grundsatz gilt: Männer führen – Frauen dürfen kontrollieren. Dies ist für Christlich-Soziale nicht akzeptabel.“

Deshalb fordert der CGB Landesverband Bremen auch für Unternehmensvorstände eine gesetzliche Frauenquote von 30 Prozent, wie sie seit dem 1. Januar 2016 für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten in börsennotierten und voll mitbestimmten Unternehmen in Deutschland besteht.

„Die Sinnhaftigkeit einer gesetzlichen Frauenquote wird nach Auffassung des CGB Bremen durch das neue Managerinnen-Barometer des DIW bestätigt“, bekräftigt Peter Rudolph. Deshalb ist es notwendig, dass durch die gesetzliche Einführung einer erweiterten Frauenquote auch für Unternehmensvorstände mehr Frauen zu Managementfunktionen verholfen wird.

„Es ist für den CGB selbstverständlich, dass auch für Unternehmen mit staatlicher Beteiligung ähnliche Strukturen gelten, was die Beteiligung von Frauen an Führungsfunktionen betrifft. Daher ist auch die öffentliche Hand gefordert auf die stärkere Beteiligung von

Frauen in Führungspositionen hinzuwirken“, erklärt Rudolph weiter.

PM CGB im Februar 2017

\* \* \* \*

### **Kritik an Beihilfe für Beamtinnen und Beamte leichtfertig!**



Ulrich Bösl, Bundesvorsitzender der CGPT weist die Kritik der Bertelsmann Stiftung an dem Beihilfesystem für Beamte als leichtfertig zurück. Das Besoldungs- und Versorgungssystem, einschließlich der Beihilfe ist mit dem Beschäftigungsverhältnis von Arbeitnehmern nicht zu vergleichen. Das ist wie mit Äpfeln und Birnen, so Bösl.

Die Stiftung hofft, dass wenn Beamte in die gesetzliche Krankenkasse einzahlen, deren Beitragsaufkommen um 15 Milliarden Euro steigt. Nicht geprüft wurde, welche Auswirkungen das auf den öffentlichen Arbeitgeber hat, der den halben Krankenkassenbeitrag zu zahlen hat, und zwar jeden Monat und nicht nur im Krankheitsfall. Auch müsste die Besoldung der Beamten nach oben angeglichen werden, um die Mehrbelastungen zu kompensieren. All das muss gegengerechnet werden. Es ist ja nicht so, dass die Beihilfe alles trägt. Die Beamten haben schon eine Privatversicherung. Dieser Wirtschaftszeit der Privatversicherungen würde beim Systemumstieg erhebliche Einbrüche verbunden mit Arbeitsplatzabbau erleiden.

Wer alles gleich haben möchte, wie die Bertelsmann Stiftung, der kann dann beim besonderen Dienstverhältnis oder der höheren Arbeitszeit der Beamten beginnen. Diese Stellungnahme der Bertelsmann Stiftung ist der Versuch, eine unangebrachte Neiddiskussion zu beginnen. Die Bertelsmann Stiftung, so Bösl, war in der Vergangenheit immer dabei laut zu fordern, weniger Staat und mehr Privatisierung. Ging das dann schief und der Krug war zerbrochen, fehlte beim Einsammeln der Scherben aber die Bertelsmann Stiftung. Mit der Abschaffung der Beihilfe hilft man nicht der gesetzlichen Krankenversicherung. Es werden nur neue Probleme und andere Finanzlücken geschaffen. „Deshalb“, so CGPT Vorsitzender Bösl, „Hände weg von der Beihilfe!“

PM CGPT im Februar 2017

### **Impressum**

**Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 \* 10963 Berlin**

**Telefon:** 030/21 02 17-30

**Fax:** 030/21 02 17-40

**E-Mail:** [cgb.bund@cgb.info](mailto:cgb.bund@cgb.info)

**Internet:** [www.cgb.info](http://www.cgb.info)

**ViSdP:** Christian Hertzog, Anne Kiesow

**Redaktion:** Anne Kiesow, Christian Hertzog

**Layout:** Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.